



19. Wahlperiode

HESSISCHER LANDTAG

Drucksache 19/
5793 Rd
19112117

Kleine Anfrage

der Abg. Gnadt, Alex, Barth, Faeser, Geis, Habermann, Hartmann, Hofmann, Hofmeyer, Löber, Müller (Schwalmstadt), Özgüven, Dr. Sommer, Strube, Waschke, Ypsilanti (SPD)

betreffend „Medizinische Soforthilfe nach Vergewaltigung“ in Hessen

Vorbemerkung der Fragestellerinnen:

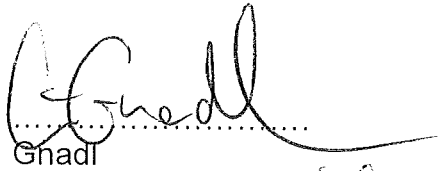
Das Modell der „Medizinischen Soforthilfe nach Vergewaltigung“ startete bereits im Jahr 2013 in Frankfurt und wird zunehmend von betroffenen Frauen in Anspruch genommen. Mehrere Kommunen und Landkreise haben sich inzwischen dazu entschlossen, das erfolgreiche Konzept zu übernehmen. Im Jahr 2016 kamen nach Frankfurt, Offenbach, Darmstadt, dem Wetteraukreis, Hanau sowie dem Main-Kinzig Kreis auch die Städte Wiesbaden, Gießen und der Kreis Waldeck-Frankenberg hinzu. Inzwischen ist auch der Landkreis Marburg Biedenkopf als Modellregion hinzugekommen. Mit der Einführung des Modells der „Medizinischen Soforthilfe nach Vergewaltigung“ wurde eine neuartige Versorgungsstruktur geschaffen, die vergewaltigten Frauen die Möglichkeit einer medizinischen Versorgung bietet, ohne dass dabei automatisch eine Anzeige bei der Polizei erfolgen muss. Auf Wunsch der Frauen ist es im Rahmen der medizinischen Behandlung möglich, Spuren professionell zu sichern und verwahren zu lassen, so dass diese nach einer rückwirkend erfolgten Anzeige zur Verfügung stehen. Gleichzeitig werden sie auf Beratungsangebote verwiesen. Seit dem Start des Projekts der „Medizinischen Soforthilfe nach Vergewaltigung“ bis einschließlich 2016 konnten 127 Frauen durch die neue Versorgungsstruktur in Frankfurt adäquate Hilfe erhalten und in den sieben angeschlossenen Frankfurter Kliniken behandelt werden. 10 Frauen haben sich rückwirkend zu einer Anzeige entschlossen. Dazu kommen 40 weitere Frauen, die in den neuen hessischen Modellregionen versorgt werden konnten.

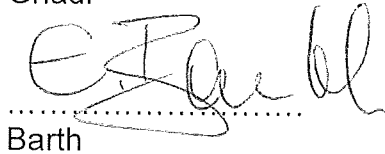
Wir fragen die Landesregierung:

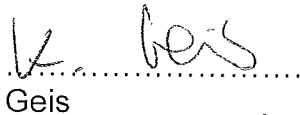
1. Welche Unterstützungsangebote für Vergewaltigungsopfer gibt es derzeit in Hessen?
2. Mit welchen Trägern arbeitet die Landesregierung in den unter Frage 1 aufgeführten Angeboten in welcher Form zusammen?
3. Plant die Landesregierung einen Ausbau der in Frage 1 benannten Angebote? Falls ja, wann und in welchem Umfang? Falls nein, warum nicht?

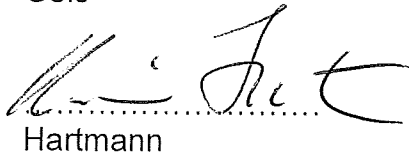
4. Wie bewertet die Landesregierung die Arbeit des Modells „Medizinische Soforthilfe nach Vergewaltigung“?
5. Zieht die Landesregierung in Erwägung, das Projekt mit Landesmitteln zu unterstützen? Falls ja, wann und in welchem Umfang? Falls nein, warum nicht?
6. Wo und in welchem Umfang wird das Projekt mit kommunalisierten Landesmitteln unterstützt?
Bitte aufschlüsseln nach Modellregion und konkretem Zweck der Unterstützung (Schulungen, Werbemaßnahmen o.ä.).
7. Erscheint der Landesregierung eine Übertragung des Projekts auf alle Kommunen und Landkreise sinnvoll, insbesondere um sicherzustellen, dass vergewaltigten Frauen überall in Hessen die gleiche Unterstützung durch die „Medizinische Soforthilfe nach Vergewaltigung“ zu Teil werden kann? Falls ja, inwiefern wirkt sie darauf hin? Falls nein, warum nicht?

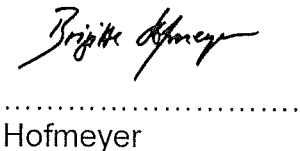
Wiesbaden, 19. Dezember 2017

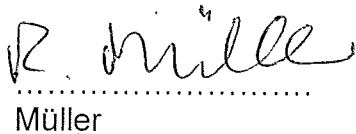

.....
Ghadi


.....
Barth

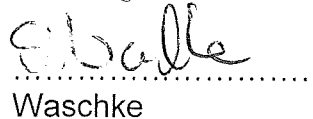

.....
Geis

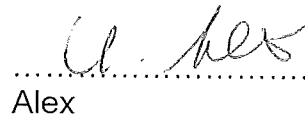

.....
Hartmann

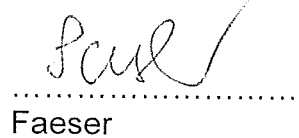

.....
Hofmeyer

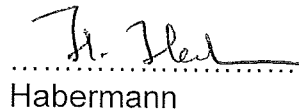

.....
Müller

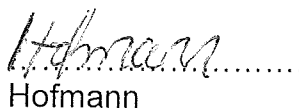

.....
Dr. Sommer

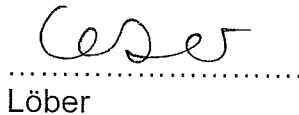

.....
Waschke


.....
Alex

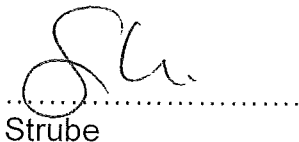

.....
Faeser

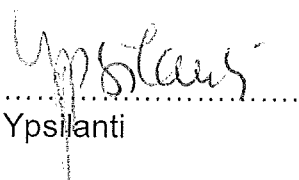

.....
Habermann


.....
Hofmann


.....
Löber


.....
Özgüven


.....
Strube


.....
Ypsilanti